Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 68. **Montag, 21. März 1932, abends.** **85. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Lloyd George über „Die Wahrheit über Reparationen und Kriegsschulden".

)(London. Lloyd George veröffentlicht, wie bereits gemeldet, in diesen Tagen ein Buch über „Die Wahrheit über Reparationen und Kriegsschulden". Dieses Werk des britischen Politikers ist nicht nur deshalb von größtem Interesse, weil hier ein Mann spricht, der an vielen Konferenzen der Nachkriegszeit selbst in seiner Eigenschaft als Leiter der britischen Politik teilgenommen und ihren Verlauf maßgeblich beeinflußt hat, sondern auch deshalb, weil es in seine Darstellung die jüngsten Ereignisse der internationalen Politik — bis zur Reichspräsidentenwahl — einbezieht.

Nachdem Lloyd George zunächst auf die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise und deren tieferliegende Ursachen, zu denen er vor allem die riesige durch den Krieg hervorgerufene internationale Verschuldung rechnet, eingeht, erörtert er die prinzipielle Berechtigung der Reparationen, die nach seiner Ansicht solange nicht angefochten werden kann, als nicht eine endgültige Klärung in der Frage der Kriegsschuld erfolgt ist, über die nähere Ausführungen zu machen er sich weigert. In den folgenden Kapiteln setzt Lloyd George sich mit den Schätzungen der deutschen Zahlungsfähigkeit auseinander, wie sie von verschiedensten Seiten unternommen wurden. In diesem Zusammenhange weist er scharf die „Wahnvorstellungen" französischer Politiker zurück, die z. B. Loucheur dazu verleitet hätten, für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs 75 Milliarden Francs zu fordern, obgleich die amtliche französische Statistik bei Kriegsausbruch den Gesamtwert des französischen Hausbesitzes auf nur 59,5 Milliarden Francs beziffert und das zerstörte Gebiet nur 4 Prozent des französischen Staatsgebiets umfaßt.

Lloyd George weist des weiteren darauf hin, daß auf den zahlreichen Nachkriegskonferenzen England immer den Standpunkt vertreten habe, das Reparationsproblem vom wirtschaftlichen Standpunkt aus zu betrachten, ein Standpunkt, der zu schwersten Differenzen zwischen den Vertretern Großbritanniens und Frankreichs geführt hat. Besonders breiten Raum nimmt die Schilderung der Konferenz von Cannes ein, in deren Verlauf besonders Rathenaus hartnäckiger Kampf und der plötzlich erfolgte Sturz der Regierung Briand und ihre Ersetzung durch eine Regierung Poincaré von Bedeutung war. Poincaré, der über Deutschland die Ansichten „eines Hauptmanns der Heilsarmee über den Teufel" gehabt habe, habe der Hoffnung gelebt, einen reichen Bezirk von Deutschland als separate Republik loszutrennen, um ihn irgendwie dann der französischen Wirtschaft einzugliedern. Die Politik Poincarés, der völlig unfähig gewesen sei, auch nur das ABC internationaler Wirtschaftsbeziehungen zu erfassen, habe mit dem Ruhreinbruch ihren Höhepunkt, aber auch ihr Fiasko erlebt.

Mit einem „Das Ende der Reparationen" überschriebenen Kapitel geht Lloyd George dann zur Betrachtung der gegenwärtigen Situation in der Reparations- und Kriegsschuldenfrage über. Er befaßt sich mit dem Hoover-Moratorium und mit dem Layton-Bericht und führt dazu aus, daß es nicht der Mühe wert sei, auch nur irgend einen Versuch zur Bergung der „in die Tiefe versunkenen" Reparationsschulden zu unternehmen. Lloyd George wendet sich weiterhin gegen die Auffassung, Deutschland habe zu wenig Reparationen gezahlt. Die seiner Meinung nach zuverlässigste Schätzung, die des Washingtoner Wirtschaftsinstituts, beziffere den Betrag der von Deutschland geleisteten Zahlungen auf 1905 Millionen Pfund.

Eine Betrachtung der Regelung der britischen Kriegsschuldenzahlungen an die USA. leitet über zur Erörterung der gesamten europäischen Verpflichtungen an die Nordamerikanische Union. Eine dauernde Regelung der europäischen Finanzprobleme könne nur bei bereitwilliger Mitarbeit der Vereinigten Staaten erreicht werden. In deren eigenem Interesse sei es gelegen, diese Regelung durch eine Streichung der europäischen Schulden an Amerika zu einer endgültigen zu machen. Lloyd George weist dann auf die bevorstehende Lausanner Konferenz und die am 30. Juni eintretende Beendigung des Hoover-Jahres hin und warnt davor, die Schwierigkeit der finanziellen und politischen Lage Deutschlands zu verkennen. Wenn auch die jetzige Reichsregierung unter Führung Dr. Brünings eine gemäßigte und sachliche Politik verfolge, so habe auch sie erklärt, daß eine Fortdauer der Reparationszahlungen nicht in Frage kommen könne. Eine Niederlage des Nationalsozialismus oder des Kommunismus bei den kommenden Wahlen bedeute daher nicht ein Wiederaufleben des Young-Plans.

Weitere Beträge von Deutschland zu erhalten, sei ausgeschlossen. Eine Vereinbarung, die künftigen Reparationszahlungen — mit Ausnahme der Dienste der Dawes- und Young-Anleihe — zu streichen, widerspricht nach Lloyd Georges Ueberzeugung nicht dem Grundsatz der Heiligkeit der Verträge. Es ist vielmehr „die treueste Art, sie zu erfüllen". Frankreich, das sein Abrüstungsversprechen noch in keiner Weise erfüllt habe, stehe es schlecht an, von der Heiligkeit der Verträge zu sprechen.

Das Buch schließt mit einem Appell an alle verantwortlichen Staatsmänner, Maßnahmen zur Beseitigung des „Trümmerhaufens" der Reparationszahlungen unverzüglich und mit aller Energie zu ergreifen.

Start des „Graf Zeppelin" zu seiner Brasilienfahrt.

)(Friedrichshafen. **Bei recht günstiger Wetterlage und nahezu Vollmond startete das Luftschiff Graf Zeppelin um 0,34 Uhr zu seiner ersten diesjährigen Brasilienfahrt mit neun Passagieren an Bord. Dr. Eckener ist als Kommandant an Bord.**

Viele Zuschauer hatten sich trotz der mitternächtlichen Stunde auf dem Werftgelände eingefunden, um dem Luftschiff, seinen Fahrgästen und Besatzungsangehörigen Abschied zu winken und eine glückliche Ueberfahrt zu wünschen. Tonfilmoperateure suchten geschäftig noch möglichst viel Interessantes in Wort und Bild festzuhalten.

In der Nacht zum Sonnabend **hatte sich der 22jährige Kunstgewerbler Amann aus Augsburg in die Luftschiffhalle eingeschlichen,** in der Absicht, mit dem Graf Zeppelin nach Südamerika zu fahren. Er wurde aber vom Nachtwächter **entdeckt und der Polizei übergeben.**

Das Luftschiff wird **am Dienstag, den 22. März, gegen 23 Uhr 30 in Pernambuco eintreffen.** Für die **Rückfahrt** nach Friedrichshafen hat der amerikanische Millionär Leeds, der im Jahre 1929 an der großen Weltfahrt teilnahm, bereits gebucht. An Post werden mehrere Säcke befördert. Für Passagier und Post hat das Condor-Syndikat einen Sonderanschlußdienst nach Bahia, Rio de Janeiro und Buenos Aires eingerichtet. Für die Reise nach Pernambuco sind 900 Kilogramm Lebensmittel und Getränke an Bord des Luftschiffes verstaut.

Graf Zeppelin über dem Mittelmeer.

)(Friedrichshafen. (Funkspruch.) Nach einer Funkmeldung von Bord des Luftschiffes Graf Zeppelin befand sich das Luftschiff um 4,30 Greenwicher Zeit über St. Maries am Mittelmeer. Es hat nach sehr guter Fahrt verhältnismäßig schnell die Mittelmeerküste erreicht. Das Luftschiff hat den üblichen Kurs durch das Rhonetal genommen.

Technische Verbesserungen am Graf Zeppelin.

)(Friedrichshafen. Zum Start des Graf Zeppelin wird noch gemeldet: Drei Neuerungen am Luftschiff fallen auf. Die an der Bugspitze befindlichen Brenngaszellen sind ausgebaut und durch 100prozentige Gaszellen ersetzt. Das Schiff trägt dadurch etwa 1500 Kilogramm mehr. Jede Passagierkabine hat ein Fenster zum Oeffnen erhalten. Die Achtergondel ruht beim Aus- und Einhallen auf einem flachen Gondelwagen, der sich auf einem Schienengleis bewegt. Voraussichtlich wird der französische Kolonialplatz Dakar an der Westafrikanischen Küste angelaufen werden, ohne daß eine Landung vorgesehen ist, um die Möglichkeit einer Postübernahme dort festzustellen. Die Verhandlungen des Luftschiffbaues Zeppelin mit der französischen Aéro Postale wegen gemeinsamer Beförderung der Südamerikapost sind inzwischen gut fortgeschritten.

„Deutschlands Not, ihre Ursachen und ihre Beseitigung".

Eine Rede des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich.

Köln, 21. März.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich führte auf einer Kundgebung der Deutschen Staatspartei zu dem Thema „Deutschlands Not, ihre Ursachen und ihre Beseitigung" u. a. folgendes aus:

Die tiefsten Ursachen der wirtschaftlichen Not sind in der Politik der Vorkriegszeit zu suchen. Der verlorene Krieg und die unsinnigen Bestimmungen der Friedensverträge waren das Ergebnis jener Vorkriegspolitik. Immerhin wurde der Wahnsinn, mit dem man glaubte, von Deutschland über 400 Milliarden Mark fordern und eintreiben zu können, allmählich dahin gemildert, daß im Young-Plan nur noch einige 30 Milliarden verlangt sind. **Nachdem man uns so belastete und uns unser Vermögen im Auslande genommen hatte, lieh man uns nunmehr in den Jahren des Wiederaufstiegs mehr als 20 Milliarden, mit denen wir zunächst das wieder aufgebaut haben, was man uns wegnahm und sodann die bis heute gezahlten Reparationen gedeckt haben. Jetzt ist die Sache in das Gegenteil verkehrt. Statt einiger Milliarden Zuschuß im Jahr haben wir im vergangenen Jahr fünf Milliarden Schulden zurückgezahlt. Hierin haben wir den eigentlichen Grund unserer ungeheuerlichen Schwierigkeiten.**

Die Lage wurde ungemein dadurch verschärft, daß die Grundlagen des Dawes- und Young-Plans unterminiert und schließlich zerstört wurden, indem man von gegnerischer Seite eine Handelspolitik trieb, die mehr und mehr Deutschland vom Weltmarkt absperrte und ihm so die Zahlung seiner Verpflichtungen, die allein durch Warenausfuhr möglich gewesen wäre, unmöglich machte.

Wie kommen wir aus den Schwierigkeiten heraus? Nachdem wir Kapital zur Fortführung unseres Aufbaues leihweise nicht mehr bekommen, sind wir auf die eigene Kapitalbildung angewiesen. Diese zu unterstützen, ist ein Hauptproblem. Das laufende Etatsjahr wird am 1. April so abschließen, daß wir den Etat durchgehalten haben, mit Ausnahme der Schuldentilgung. Diese war etwa mit 400 Millionen Reichsmark vorgesehen und konnte im wesentlichen nicht gemacht werden, obwohl es in dem ersten Dreivierteljahr gelungen war, programmäßig auch Schulden zu tilgen. Wir werden auch mit brutalster Sparsamkeit den Etat für das nächste Jahr in Ordnung bringen. An eine Gehaltssenkung denken wir dabei nicht.

Die Gedanken einer restlosen Autarkie muß man ablehnen, selbst wenn man einen unbedingten Schutz der deutschen Wirtschaft, auch der Landwirtschaft, wünscht.

Das deutsche Volk hat eine Probe des Verstandes am 13. März abgelegt, eine Teilstrecke zur Vernunft und zur inneren Befreiung und Beseitigung des Mißtrauens zurückgelegt. Am 10. April ist die zweite Etappe fällig. Wenn 20 Millionen Deutsche an diesem Tage Hindenburg wählen, werden sie einen großen Sieg für unser Volk erfechten und ihm den Glauben an sich und seine Zukunft wiedergeben.

Die NSDAP. klagt beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich gegen Preußen.

München. (Funkspruch.) Rechtsanwalt Dr. Hans Frank II hat — namens des Führers der NSDAP., einer Meldung der nationalsozialistischen Parteikorrespondenz zufolge — **beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich Klage mit dem Ziel eingereicht, den Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen Preußen zu erwirken.** Die Kläger beantragen, daß **durch Urteil des Staatsgerichtshofes für Recht erkannt wird:**

1. Die Anordnung des preußischen Innenministers vom 17. 3. auf Vornahme von Durchsuchungen und Beschlagnahme von urkundlichem Material bei der NSDAP. in Preußen, sowie deren Ausführung verstößt gegen Artikel 125 und 124 der Reichsverfassung.

2. Das Verbot der Beteiligung unmittelbarer und mittelbarer Staats-, sowie Kommunalbeamter in Preußen an der NSDAP. ist mit Artikel 130 bis 132 der Reichsverfassung unvereinbar.

3. Die preußische Regierung ist verpflichtet, die in 1 und 2 erwähnten Anordnungen und die Verfügungen unverzüglich nach Zustellung des Urteils mit rückwirkender Kraft aufzuheben, sowie alle auf Grund derartiger Anordnungen getroffenen Maßnahmen, insbesondere Dienstentlassungen und Eröffnung von Dienststrafverfahren, unverzüglich aufzuheben oder rückgängig zu machen.

In der **Begründung** wird darauf hingewiesen, daß die von der preußischen Staatsregierung gegen die NSDAP. eingeleiteten Maßnahmen auf der Behauptung basierten, die NSDAP. verfolge ihre Ziele auf illegalem Wege. Es wird darauf hingewiesen, daß alle Versuche, die Legalität der NSDAP. oder ihrer Führer rechtswirksam anzuzweifeln, an der beweisbaren Legalität des Vorgehens der NSDAP und ihrer Führer scheitern müssen.

Die Klage verlangt schließlich, daß die preußische Regierung der NSDAP. für die Zeit bis zum 24. April alle für die Führung des Wahlkampfes notwendigen, am 17. März beschlagnahmten Akten herausgibt.

Flugzeugunglück

Düsseldorf, 21. März. Ein schweres Flugzeugunglück ereignete sich Sonntagnachmittag auf dem Flugplatz Düsseldorf-Lohhausen. Ein von dem Piloten Knoesels gesteuertes Flugzeug des Düsseldorfer Aeroklubs stürzte beim Wenden in einer Kurve aus 15 Meter Höhe ab und wurde vollständig zertrümmert. Der Pilot wurde lebensgefährlich, sein Begleiter Nußbaum schwer verletzt.

Düsseldorf. (Funkspruch.) Die bei dem gestrigen Absturz auf dem Flugplatz Düsseldorf-Lohhausen verunglückten **beiden Flieger sind ihren Verletzungen erlegen.**

Raubmord

Freilassing (Oberbayern), 21. März. **Der Angestellte des Konsumvereins Bad Reichenhall-Freilassing, Michael Westenhuber, wurde in einem Wäldchen zwischen Hammerau und Freilassing erschossen aufgefunden. Die Tat ist vermutlich in der Nacht zum Sonnabend verübt worden. 2000 RM, die Westenhuber einkassiert hatte, sind geraubt worden.**